Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 60 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Freitag, den 11. März | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932

Hindenburgs Rundfunkansprache

Am Donnerstag abend hielt Hindenburg die angekündigte Rundfunkansprache, in der er begründete, warum er die Kandidatur angenommen hat. Er führte aus:

Deutsche Männer und Frauen!

Als vor sieben Jahren zum ersten Male die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es absichtlich vermieden, vor parteimäßig aufgezogenen Versammlungen zu reden und habe deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volke gesprochen. Jetzt, wo mir zum zweiten Male die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angetragen worden ist, wollte ich mich im Wahlkampf völlig zurückhalten. Der Verlauf desselben nötigt mich aber, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten und im Rundfunk zu dem gesamten deutschen Volke zu sprechen; denn alle sollen es aus meinem Munde hören,

warum ich die neue Kandidatur angenommen habe.

Zugleich will ich durch diese Ansprache dartun, daß ich nicht gewillt bin, die in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten unwidersprochen zu lassen. Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es nicht für nötig halte: Mein Leben und meine Lebensarbeit sagen Ihnen von meinem Streben und Wollen mehr, als es Worte tun können.

Wenn ich mich nach ernster Prüfung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich versagt, so bestand die Gefahr, daß bei der starken Parteizersplitterung, insbesondere der Uneinigkeit der Rechten, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unser Vaterland in schwere, nicht absehbare Erschütterungen versetzt. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht. Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entschließung

von einem Teil meiner alten Wähler, darunter leider manchem alten Kameraden, mißverstanden

und ich deshalb angefeindet werden würde. Aber ich will lieber verkannt und persönlich angegriffen werden, als daß ich sehenden Auges unser Volk, das so viel Schweres in den letzten anderthalb Jahrzehnten getragen hat, in neue innere Kämpfe geraten lasse. Um Deutschland hiervor zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden großen Fragen im Innern und nach außen hin lösen soll, würde ich mein Amt im Falle meiner Wiederwahl weiterführen. Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewußte Lügen über mich im Umlauf. Dagegen wende ich mich nun. Es ist behauptet worden, ich hätte meine Kandidatur

aus den Händen der Linken oder einer schwarz-roten Koalition entgegengenommen.

Das ist falsch. Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teile meiner alten Wähler, als auch von solchen, die 1925 ihre Stimmen anderen Bewerbern gegeben haben. Die ersten Ersuche an mich, wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Diesem Vorgehen schlossen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß — unbeschadet der Parteizugehörigkeit im einzelnen — in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amte bleibe. Kandidat einer Partei oder einer Parteiengruppe zu sein, hätte ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Verpflichtungen zurückgewiesen habe. Aber auf überparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die nur Kandidat einer Partei sind, das hielt ich für meine vaterländische Pflicht.

So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes meines Amtes walten können.

Im Wahlkampf sind aus meiner bisherigen Amtsführung persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schwerwiegendsten heraus; das Urteil über das mir zugefügte Unrecht überlasse ich jedem einzelnen:

In erster Linie wird mir

die Unterzeichnung des Young-Plans

vorgehalten, durch die ich mich in einem offenen Gegensatz zu der sogenannten Nationalen Front gesetzt hätte. Die Unterschrift ist mir wahrlich nicht leicht geworden, aber ich habe sie gegeben in der Überzeugung, daß auch diese Etappe notwendig war, um zu unserer nationalen Freiheit zu gelangen, und ich glaube, ich habe recht gehandelt. Das Rheinland ist frei, die fremden Aufsichtsbehörden sind verschwunden, der Young-Plan mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt. Ich glaube nicht, daß wir bei allen Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage heute so weit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterschreiben, gefolgt wäre.

Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich

die Notverordnungen unterschrieben habe.

Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlaß dem deutschen Volke schwere Lasten zugemutet und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland uns finanzielle Erleichterungen erkaufen oder durch eigene Kraft und schwere Opfer uns als Nation selbst behaupten wollten. Ich habe nicht gezögert, mich für den letzteren Weg zu entscheiden. Da der eigentliche Gesetzgeber,

der Reichstag, versagte

und nicht imstande war, auf dem normalen Wege der Gesetzgebung die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staatsfinanzen und Währung zu treffen, mußte ich einspringen und im Rahmen der mir durch die Reichsverfassung gegebenen außerordentlichen Befugnisse selbst handeln. Ich habe hierbei an den guten alten militärischen Grundsatz gedacht, daß ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel nicht so schlimm ist als das Unterlassen jeglichen Handelns.

Es ist durchaus begreiflich, daß über einzelne der getroffenen Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten bestehen, und ich habe mich

oft nur schweren Herzens zu einzelnen dieser Notverordnungen entschließen können.

Ich selbst bin der Ansicht, daß manche der Maßnahmen, die in schwieriger, schwer übersehbarer Situation eiligst getroffen werden mußten, verbesserungsfähig sind. Ich glaube auch nicht, daß all die Belastungen, die sie enthalten, auf die Dauer aufrechterhalten werden können. Im Gegenteil hoffe ich, daß manche Bestimmungen

bald aufgehoben oder durch andere Regelung ersetzt werden können.

Keiner der Kritiker kann mir zum mindesten das Motiv heißester Vaterlandsliebe und stärksten Willens für Deutschlands Freiheit als Grundlage meines Wollens absprechen, und selbst die lautesten Rufer im Streit gegen das sogenannte „System" werden zugeben müssen, daß ich bei diesen schweren Entscheidungen frei von jeder Bindung, aus eigenster, persönlicher Verantwortung gehandelt habe.

Noch stehen wir mitten im Kampf.

Die Entscheidungen auf dem Felde der Außenpolitik

stehen noch bevor; wichtige Aufgaben im Innern, insbesondere die Linderung der furchtbaren Arbeitslosigkeit, harren der Lösung. Das große Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir uns zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenfinden. Ich kann nicht glauben, daß Deutschland in inneren Hader und im Bürgerkrieg versinken soll, wo es gilt, im Ringen um die Freiheit und Geltung der Deutschen Nation zusammenzustehen. Ich erinnere an den Geist von 1914 und an

die Frontgesinnung, die nach dem Manne fragte

und nicht nach dem Stande oder der Partei. Wie einst im Kriege die Not des Vaterlandes alles Trennende aufhob und die Massen des Volkes — gleich, ob sie der Arbeiterschaft, dem Landvolk oder dem Bürgertum angehörten — in gleicher Weise hingebungsvoll ihre Pflicht getan haben, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigkeit im Gedanken an das Vaterland zusammenfindet.

Wer mich nicht wählen will, der unterlasse es. Ebenso werde ich aber niemanden zurückstoßen, der die Einheit des Deutschen Reiches in meiner Person finden will. Die Verantwortung, die mich aushalten ließ im Kriege, bis ich das Heer in die Heimat zurückgeführt hatte, die Verantwortung, die mir als Reichspräsident alle die entscheidenden Entschlüsse abrang, diese Verantwortung vor meinem Gewissen zwingt mich, auch jetzt auszuharren und dem deutschen Volke in Treue zu dienen.

Hierfür meine letzte Kraft herzugeben, habe ich mich erneut zur Verfügung gestellt. Das ist Sinn und Ziel meiner Kandidatur!

Wirtschaftsspionage.

Bei der schon fast überlangen Reihe gesetzlicher Bestimmungen, die „durch Notverordnung" getroffen worden sind, ist auch manches so mit untergelaufen, dessen „notverordnende" Festlegung oder Regelung vielfach nicht recht eingesehen worden ist. Vielleicht liegt mehr als nur ein einziges Körnchen Wahrheit in dem Scherzwort, daß so mancher in einen Gesetzentwurf gekleidete Lieblingsgedanke irgendeines höheren Beamten nun durch eine Notverordnung aus dem Schreibtisch zum gesetzlichen Dasein gelangen konnte, was nicht passiert wäre, wenn nur der früher übliche Weg der Gesetzgebung heute begangen werden könnte. Diese Kritik wird vielleicht auch an mancher Bestimmung der neuesten Notverordnung geübt werden, — aber jener Teil, der die jetzt für Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen bestehenden Strafen verschärfen will, greift eine Forderung weiter industrieller Kreise auf, die leider nur allzusehr begründet ist. Muß doch die amtliche Erläuterung der Notverordnung selbst erklären, daß „die geltenden Strafvorschriften nicht ausreichen, um die deutsche Arbeit und Wirtschaft gegen Wirtschaftsspionage zu schützen" und daß daher „sofortige Abhilfe dringend geboten" sei.

Und das ist leider richtig! Denn die — bekanntgewordenen — Fälle von Werksspionage haben in letzter Zeit nicht bloß der Zahl, sondern auch dem Umfang nach stark zugenommen. In ganz großem Maßstab haben wir sie erlebt, zähneknirschend durchleben müssen, als die „militärischen" Kontrollkommissionen der Entente den letzten Winkel Deutschlands durchstöberten und sich ihnen jedes Fabriktor öffnen mußte. Und solange das Rheinland besetzt war, blieb kein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis vor der „Sureté", dem französischen Überwachungsdienst, sicher, der von Mainz aus seine Spionagefäden bis weit nach Deutschland hinein ausspinnen konnte. Dies diente natürlich in der Hauptsache wirtschaftspolitischen Zwecken. Hierzu traten dann aber Versuche von Werksspionage, die sich — wie vor kurzem ein großer derartiger Prozeß erwies — zum mindesten vor Gericht in das politische, nämlich das linksradikale Gewand hüllte und, wenn man so sagen darf, den Stoff dafür aus Moskau bezogen oder, wie damals festgestellt wurde, von sehr viel näher her, nämlich aus der russischen Handelsvertretung in Deutschland. Um ein Haar wären dabei Betriebsgeheimnisse der deutschen chemischen Industrie von allergrößter Wichtigkeit von den Werksspionen den Auftraggebern ausgeliefert worden. Das gut organisierte „Unternehmen" konnte erst im letzten Augenblick entdeckt und vor Gericht gebracht werden.

Und nur darum konnte das Gericht diesmal auch Strafen verhängen! Sie waren nicht sehr erheblich, nicht etwa, weil die Straftat unerheblich war — ganz im Gegenteil: eines der volkswirtschaftlich bedeutsamsten Betriebsverfahren stand vor der Auslieferung durch Verrat —, sondern weil der Richter nach geltendem Recht nur eine Höchststrafe von — neun Monaten Gefängnis verhängen darf! Zudem ist weder die Vorbereitung eines solchen Verbrechens strafbar noch selbst der Versuch dazu! Nur die vollendete Tat verfällt der Strafe, wobei ja die eigentlichen Drahtzieher nie oder selten erwischt werden. Man wird also verstehen, daß durch die Notverordnung diese Strafbestimmungen verschärft werden mußten; denn sie waren nicht scharf und standen in einem grotesken Gegensatz zu den volkswirtschaftlich schwerstwiegenden Folgen, die eine gelungene Werksspionage herbeiführen konnte. Seitdem der Krieg das internationale Recht des Patentschutzes zertrümmerte und uns den Besitz zahlreicher deutscher Erfindungen raubte, verfährt man in der Welt überhaupt vielfach mit einer gewissen „Großzügigkeit" gegenüber fremdem geistigem, wenn wirtschaftlich nutzbarem Eigentum. Andererseits ist es ja nicht ganz unbekannt, wie z. B. Rußland mit angeblichen oder wirklichen Werksspionen zu verfahren pflegt!

Offen sei auch zugegeben, daß heute die hochgestiegene Not in Deutschland — abgesehen von den oben angedeuteten politischen Motiven — den Verführern zur Wirtschaftsspionage das Werk erleichtern, besonders dann natürlich, wenn sie gar über erhebliche Mittel verfügen. Auch wenn die Spionageabwehr der deutschen Großbetriebe sich ganz außerordentlich verfeinert hat, übrigens so mancher Spionageversuch von den Arbeitern und Angestellten selbst aufgedeckt und verhindert wurde — die abschreckende Wirkung einer wirklich schweren Strafe mußte hinzutreten! Gewisse, früher geäußerte Bedenken gegen diese Strafverschärfung können dann nicht zutreffen, wenn man den „wirtschaftlichen Landesverrat" packen will, dessen Tatbestandsmerkmale in den meisten Fällen feststellbar sind. Verrat ist ein Verbrechen, bei dem bereits der Versuch bestraft wird! Davon unterscheidet sich also sehr wesentlich, wenn z. B. irgendeine deutsche Fabrik die Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse eines anderen deutschen Unternehmens ausspionieren läßt oder durch Verrat Kenntnis von ihnen erhält. Und schließlich bleibt das rechtlich überaus komplizierte Gebiet ganz außerhalb, auf dem es sich um die Frage handelt, wie weit überhaupt ein Arbeiter und Angestellter seine an früherer Arbeitsstätte erworbenen Kenntnisse nun an seinem neuen Wirkungsort straflos verwerten darf.

Es kommt nur und mit dringender Notwendigkeit darauf an, möglichst zu verhindern, daß Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse, die oft deutsche volkswirtschaftliche Vermögenswerte von größter Bedeutung darstellen, durch wirtschaftlichen Landesverrat dem Ausland nutzbar gemacht werden.

Kurze politische Nachrichten.

In der nächsten Woche beginnen im Reichstag wieder umfangreiche Ausschußsitzungen. Am Dienstag nehmen der Strafrechtsausschuß und der Wohnungsausschuß ihre Arbeiten auf. Der Haushaltsausschuß ist für nächsten Donnerstag einberufen worden. Die Tagesordnung des Haushaltsausschusses ist außerordentlich umfangreich, so daß nach einer kurzen Unterbrechung wegen des Osterfestes der Ausschuß auch im April noch zahlreiche Beratungsgegenstände zu erledigen haben wird.

*

Der bisher für die württembergischen Landtagswahlen genannte Wahltermin des 10. April wird kaum mehr in Frage kommen. Wie verlautet, ist der 17. oder 24. April für die württembergischen Landtagswahlen in Aussicht genommen worden.

*

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten. und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild."

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg hielt eine Rundfunkansprache für alle deutschen Sender.

* Drei Beamte des Berliner Polizeipräsidiums wurden unter dem Verdacht des Hochverrats verhaftet.

* Die Bank von England hat ihren Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt.

* Die japanischen Waffenstillstandsbedingungen sind der chinesischen Regierung überreicht worden.

Zwei polnische Kanonenboote sind in den Danziger Hafen eingelaufen. Die Mannschaften der beiden Kriegsschiffe gingen in Danzig an Land, wozu sie allerdings auf Grund der bestehenden Bestimmungen zurzeit noch berechtigt sind. Trotzdem ist das polnische Vorgehen unter den obwaltenden Umständen und besonders angesichts der ablehnenden Danziger Haltung gegenüber polnischen Flottenbesuchen nichts anderes als eine bewußte Herausforderung und politische Taktlosigkeit.

Der Kampf um den Brotpreis.

Brotpreiskrieg in Mecklenburg-Strelitz.

Der Landeskommissar für Preisüberwachung in Mecklenburg-Strelitz hatte eine Verordnung auf Senkung des Brotpreises von 48 auf 46 Pf. für das 1250-Gramm-Brot erlassen. In einer Protestversammlung des Strelitzer Bäckerhandwerks wurde gegen diese Maßnahme Stellung genommen. Es wurde beschlossen, sich nicht an den vorgeschriebenen Preis zu halten, sondern das Brot nach wie vor zu 48 Pf. zu verkaufen.

Diese Haltung hat nunmehr den Preiskommissar zu einer Erklärung veranlaßt, daß er von Montag ab gegen alle Bäckermeister vorgehen werde, die sich dem durch den Kommissar festgesetzten Preis von 46 Pf. nicht angepaßt hätten.

Bayern und die Biersteuersenkung.

Zu dem Ergebnis der Beratung der Biersteuersenkungsvorlage im Reichsratsausschuß wird in München bemerkt, daß die bayerischen Wünsche zwar nicht in vollem Umfang befriedigt worden seien, daß es sich aber immerhin um eine brauchbare Regelung handele, die auf der Linie der ursprünglichen bayerischen Vorschläge liege.

Für die bayerische Staatskasse bedeute die Senkung der Reichsbiersteuer um 3 Mark einen

Ausfall um etwa 2½ Millionen Mark jährlich.

Der Ersatz, den die Staatsregierung für diesen Ausfall schaffen müsse, werde wohl auf dem Wege der Einsparung im Staatshaushalt gefunden werden können. Den Gemeinden werde der Ausfall durch Zuschüsse vom Reich ersetzt werden.

Geständnis des Attentäters Stern.

Eine weitere Verhaftung. — Polen im Hintergrund?

Von russischer amtlicher Seit wird mitgeteilt, daß der Attentäter des Botschaftsrats von Twardowski, Stern, gestanden hat, in Moskau einen Helfershelfer namens Sergei Sergejewitsch Wasiljew zu haben. Wasiljew ist bereits von der OGPU. verhaftet worden. Stern gab weiter an, daß Wasiljew und er von polnischen Staatsangehörigen beauftragt worden seien, den Anschlag auszuführen, um die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin zu stören und die internationalen Beziehungen der Sowjetunion zu verschlechtern. Stern habe mit Hilfe Wasiljews die Zeit festgestellt, in der v. Dirksen die Botschaft zu verlassen pflegte, um ihn, nicht von Twardowski, zu erschießen.

Weiter gab Stern nach der russischen amtlichen Mitteilung Erklärungen über seine Beziehungen zu polnischen Kreisen ab, die im Interesse der Untersuchung jedoch jetzt nicht veröffentlicht werden können. Die OGPU. teilt mit, daß die Akten nunmehr der obersten Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Klage wegen Vorbereitung zum Mord und Konterrevolution übergeben werden.

Schiedsrichter oder Haager Gericht?

Die Genfer Verhandlungen über den Memelstreitfall.

Nach dem letzten Beschluß des Völkerbundrates ist nunmehr die Entscheidung in der Memelfrage in die Hände der vier Unterzeichnermächte des Memelabkommens gelegt worden, so daß der deutsche Einfluß nur indirekt ausgeübt werden kann. In Kreisen der Unterzeichnermächte wird nach wie vor eine Regelung der Frage durch einen Einzelschiedsrichter als die zweckmäßigste Lösung angesehen. Der litauische Außenminister hat in den Verhandlungen gegen den deutschen Generalkonsul in Memel wegen Beeinflussung der Verhandlungen über die Direktoriumsbildung Beschwerde erhoben. Dieser litauische Vorstoß dürfte jedoch ohne Folgen sein. Dagegen wird heute von litauischer Seite bekannt, daß die litauische Regierung den vier Unterzeichnerstaaten neue Vorschläge gemacht hat, nach denen im Memelgebiet ein Direktorium gebildet werden soll, das aus Mitgliedern deutscher und litauischer Parteien bestehen werde. Der litauische Außenminister soll, wie ferner verlautet, jetzt auf dem Standpunkt stehen, daß die Memelfrage freundschaftlich geregelt werden könne, der Vorschlag auf Einsetzung eines Einzelschiedsrichters für Litauen dagegen nicht wünschenswert erscheine. Sollte dieser Vorschlag nicht angenommen werden, so werde von litauischer Seite eine Entscheidung durch den Haager Gerichtshof vorgezogen. Eine Bestätigung dieser Mitteilungen von litauischer Seite liegt noch nicht vor.

Frankreichs Donaubundpläne.

Der Wettlauf um Frankreichs Gold.

Die von Frankreich angeregten Verhandlungen über die Bildung eines Donaubundes nehmen anscheinend einen beschleunigten Verlauf. Tardieu tut das seine, um durch Verlautbarungen in der französischen Presse den fünf Donauländern, der Tschechoslowakei, Rumänien, Südslawien, Österreich und Ungarn den Bund schmackhaft zu machen. Man betont in französischen Kreisen — und diese Meinung findet natürlich in der Kleinen Entente Beifall und Widerhall —, daß der Vorstoß Tardieus lediglich dem Zwecke diene, eine Verständigung der fünf Donauländer zu erleichtern. Ganz besonderen Nachdruck legt man dabei auf die Feststellung, daß die Einmischung eines Großstaates der Verwirklichung des Gedankens hinderlich sei, da die gewünschte Verständigung nur auf dem Wege freundschaftlicher Übereinkünfte unter den interessierten Staaten selbst erreicht werden könne. Man betont ferner, daß die Vorverhandlungen über die Schaffung einer Donauföderation nicht in Genf beginnen würden, sondern auf diplomatischem Wege geführt werden müßten. Erst wenn eine vorherige Verständigung zwischen den verschiedenen Ländern erreicht sei, werde man eine Sonderkonferenz einberufen. In diesem Zusammenhang messe man in Genf der Reise des ungarischen Außenministers Walko besondere Bedeutung bei, der sich zunächst nach Rom und von dort nach Paris und London begibt, um auf dem Rückwege auch in Genf Aufenthalt zu nehmen.

Man glaubt zu wissen, daß die Reise des ungarischen Außenministers mit den finanziellen Schwierigkeiten Ungarns in Zusammenhang stehe und daß die ungarische Regierung ihre endgültige Haltung gegenüber dem Vorschlage Tardieus von einer finanziellen Unterstützung abhängig mache, die sie von der französischen Regierung fordern werde. Man mißt in der Pariser Presse außerdem einer bisher unbestätigten Meldung große Bedeutung bei, wonach ein neuer deutsch-ungarischer Handelsvertrag auf der Grundlage der Meistbegünstigung in Berlin unterzeichnet werden solle. Man betont in diesem Zusammenhang, daß die Bestätigung dieser Nachricht jede Aussicht auf den Zusammenschluß der Donaustaaten zunichte machen würde.

In bulgarischen Regierungskreisen ist man sehr unangenehm davon berührt, daß Bulgarien — obwohl es ein an der Donau liegender Agrarstaat ist — nicht zur Beteiligung an Tardieus Donaubundplan aufgefordert worden ist. Die Regierung hat ihren Pariser Gesandten beauftragt, Aufklärung zu erbitten und die Einbeziehung Bulgariens in den Plan zu verlangen.

Ungarn scheint nach alledem eifrig bemüht zu sein, auf den Köder der finanziellen Unterstützung durch Frankreich anzubeißen und auch Bulgarien will nicht zurückstehen bei der Verteilung französischer Liebesgaben.

Der Donaubund-Plan.

Deutschland soll ausgeschlossen bleiben.

Das Schriftstück, in dem Tardieu dem englischen Außenminister seinen Donaubund-Plan entwickelt, ist im Außenministerium eingetroffen. Der Plan wird zurzeit eingehend geprüft. Es ist beabsichtigt, dem englischen Außenminister Sir John Simon nach Genf eine Stellungnahme zu übermitteln. Es wird Simon überlassen bleiben, die weiteren Schritte zu tun.

In London wird bestätigt, daß Deutschland von dem Plan ausgeschlossen bleiben soll. Der Tardieusche Plan stelle sich als ein Gegenzug gegen die ursprünglichen englischen Absichten heraus, wonach in Uebereinstimmung mit Italien zunächst eine Rettung Oesterreichs und Ungarns vor dem drohenden Zusammenbruch befürwortet worden war, worauf hin dann Verhandlungen mit den übrigen Mächten Mitteleuropas folgen sollten. Der von Italien gemachte Vorschlag einer österreichisch-ungarischen Zollunion könne daher als eine Bestätigung der englischen Pläne angesehen werden.

Der Luftfahrthaushalt vor dem Unterhaus.

60 000 km Flugnetz innerhalb des englischen Weltreichs.

Im Unterhaus begann am Donnerstag die Beratung des Haushaltsvoranschlages für das Luftfahrtministerium. Der Haushalt sieht Ausgaben in Höhe von 17,4 Millionen Pfund vor. Die Einsparungen gegenüber dem Vorjahre belaufen sich auf 70 000 Pfund.

Unterstaatssekretär Sir Philipp Sassoon wies in seinem Bericht darauf hin, daß die englische Luftflotte erst an fünfter Stelle in der Welt stehe. Keine andere Luftflotte sei jedoch so gut ausgerüstet, wie die englische. Um darin keine Aenderung eintreten zu lassen, müßten die Ausgaben in späteren Jahren wieder erhöht werden. Die Ausrüstung der regulären Luftgeschwader mit modernen Maschinen werde Ende 1932 durchgeführt sein. Bei der Zivilluftfahrt sei beabsichtigt die Fluglinien innerhalb des Weltreichs um weitere 20 000 Kilometer auszudehnen. Das englische Weltreich werde dann über ein Flugnetz von annähernd 60 000 Kilometern verfügen.

Nach dem Waffenstillstand der Bürgerkrieg

Der Grabenkrieg bei Schanghai.

Der englische Gesandte in Schanghai hat dem chinesischen Vertreter die japanischen Waffenstillstandsbedingungen übergeben. Diese sind den obersten chinesischen Stellen zugeleitet worden. Der japanische Gesandte übergab ferner dem chinesischen Gesandten eine Denkschrift, in der die gegenwärtige katastrophale Lage sowie die Möglichkeit einer Aufnahme von neuen Feindseligkeiten dargelegt werden. Er wünschte es darzulegen, daß Japan gewillt sei, gemäß den Anregungen des Völkerbundes (Einstellung der Feindseligkeiten und internationale Vermittlungskonferenz) in Verhandlungen einzutreten.

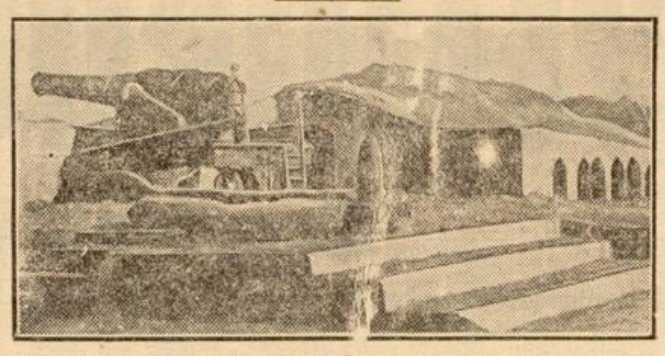
Über die militärische Lage

äußerte sich der Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte. Er wies darauf hin, daß der chinesisch-japanische Krieg als endgültig beendet betrachtet werden müsse und daß nunmehr die Diplomaten das Wort hätten. An der ganzen Front herrsche Ruhe und nur ab und zu käme es zu kleineren Plänkeleien, wenn sich die Patrouillen der einen oder anderen Partei zu weit vorwagten. Die Stellungen der beiden Parteien seien an einzelnen Stellen mehrere Kilometer voneinander entfernt, während sie an anderen so dicht aneinander lägen, daß sich die Soldaten mit Steinen bewerfen könnten. Die Verteidigungslinien, die die chinesischen Truppen gebaut hätten, entsprächen den modernsten Anforderungen. Der japanische Oberbefehlshaber erklärte sodann, daß er nicht an einen neuen chinesischen Angriff glaube; um so mehr glaube er aber an einen baldigen Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges, dem die japanischen Truppen als tatenlose Beobachter gegenüberstehen würden.

Daß die japanischen Truppen, die sich jetzt in Schanghai und in der Mandschurei festgesetzt haben, einem neuen chinesischen Bürgerkrieg tatenlos zusehen werden, erscheint wenig glaubhaft. Vielmehr kann man annehmen, daß solch ein Bürgerkrieg den Japanern nicht unwillkommen sein dürfte. Sie könnten ihn dann als Vorwand benutzen,

in dem zerrütteten und zersplitterten China Ordnung zu schaffen,

und an den Flammen des Bürgerkrieges die Suppe ihrer Sonderinteressen kochen. Je wehrloser China sich durch innere Zwistigkeiten macht, desto günstiger wird für Japan die Lage, denn selbst nach Waffenstillstand und Friedensschluß wird Japan als überaus aufmerksamer Beobachter in Schanghai und in der Mandschurei Gewehr bei Fuß die Vorgänge in China nicht aus dem Auge lassen.



Das heißumkämpfte Wusung-Fort,

nördlich von Schanghai, das die Japaner nun doch nach ungeheuren Opfern eingenommen haben. Die Chinesen haben diese Festung mit unglaublicher Energie verteidigt, mußten aber schließlich doch der vielfachen Übermacht der Japaner weichen.

Der stille Krieg in Fernost.

Angriff auf Honjos Sonderzug.

Der Sonderzug, in dem der japanische Oberbefehlshaber in der Mandschurei, General Honjo, von Tschangtschun, wo er an der Gründungsfeier der Mandschurischen Republik teilgenommen hatte, nach Mukden zurückfuhr, wurde

unterwegs von 500 berittenen Chinesen angegriffen.

Die Fahrgäste des Zuges befanden sich in äußerst gefährlicher Lage, bis eine Truppenabteilung eintraf. Nach heftigem Kampf wurden die Angreifer in die Flucht geschlagen. Der Zug konnte darauf seine Fahrt fortsetzen.

Mißerfolg der japanischen Truppen bei Schanghai.

Ein Angriff japanischer Truppen auf Taincan ist nach russischen Meldungen von chinesischen Truppen abgeschlagen worden. Die japanischen Truppen hätten große Verluste erlitten. An anderen Stellen sei es zu kleinen Zusammenstößen zwischen Japanern und Chinesen gekommen.

Deutsche Wirtschaftsinteressen in China.

Haltlose französische Verdächtigungen.

Eine französische Zeitung hatte gemeldet, daß deutsche Industriewerke an China eine Anleihe in Höhe von 20 Millionen Golddollar zur Errichtung von Fabriken in China gegeben hätten. Hierzu wird aus Kreisen der maßgebenden deutschen Industrie folgendes erklärt: Schon seit Wochen ist die Weltöffentlichkeit darüber unterrichtet, daß zwischen der chinesischen Nationalregierung und einem deutschen Großunternehmen ein Vorvertrag über die Errichtung eines Hochofen-Stahl- und Walzwerkes im Werte von etwa 20 Millionen Golddollar abgeschlossen worden ist. Diese Meldung wird jetzt aufgenommen, um aus diesem Vertrag Verdächtigungen und Vorwürfe gegen Deutschland abzuleiten, die in jeder Beziehung abwegig sind. Unter dem Druck seiner auswärtigen Verpflichtungen ist Deutschland und mit ihm die deutsche Industrie gezwungen, alles zu tun, um seine Ausfuhr zu fördern. Trotz seiner außerordentlich beschränkten Kapital- und Kreditgrundlage muß Deutschland den Versuch machen, auch solche Projekte zu finanzieren. Davon, daß etwa Deutschland 20 Millionen Golddollar der chinesischen Nationalregierung leiht, kann keine Rede sein. Es ist charakteristisch für die Verwirrung, die bei einigen französischen Zeitungen herrscht, daß man uns auf der einen Seite vorwirft, unseren politischen Verpflichtungen nicht nachzukommen, auf der anderen Seite aber jeden Versuch, unsere Ausfuhr zu steigern und damit unsere Zahlungsbilanz zu verbessern, zu verhindern sucht.

Lokales und Provinzielles

Halver, den 11. März 1932.

Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen.

Am 16./17. April führt der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen mit Hilfe seiner Gaue und Ortsgruppen in den meisten Teilen unseres Vaterlandes einen Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen durch. Ihm liegt der Gedanke zugrunde, daß das Jugendherbergswerk als ein Werk für die gesamte deutsche Jugend in der heutigen Notzeit der Unterstützung und der Förderung des gesamten Volkes wert ist. Es kommt darauf an, der Jugend den Weg in die Natur offenzuhalten, weil nach übereinstimmender Auffassung weitester Kreise gerade im regelmäßigen Wandern eine beachtliche Möglichkeit zur körperlichen und geistigen Festigung und Stählung liegt. Für die erwerbslosen Jugendlichen hat das Wandern und Leben in der Natur erhöhte Bedeutung. Das Wandern der Jugend ist heute untrennbar mit der Jugendherberge verbunden. Sie ist eine Heimstätte der deutschen Jugend aller Lager und zugleich ein wichtiger Ansatzpunkt zur Überwindung der Trennungslinien innerhalb unseres Volkes geworden.

Der Reichsopfer- und Werbetag für Jugendherbergen soll zur Selbsthilfe aufrufen. In den meisten Ländern werden Straßen- und Haussammlungen unter weitgehender Mithilfe der Jugendverbände aller Richtungen, dazu Werbeveranstaltungen und Film- und Lichtbildervorführungen stattfinden. Es ergeht an alle die herzliche und eindringliche Bitte, an diesen Tagen sich bereit zu halten, um nach besten Kräften zum Reichsopfer für das notleidende Jugendherbergswerk beizutragen. Jeder Spender wird dadurch mithelfen können, ein Volkswerk aufrechtzuerhalten, das aus dem Jugendlichen nicht mehr fortzudenken ist und eine wichtige Aufgabe für Gegenwart und Zukunft zu erfüllen hat.

—* **Kriegsopfer fordern Gerechtigkeit.** Die 20. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, die am 5. März in Nürnberg eröffnet wurde, bringt erneut die Entrüstung und den schärfsten Protest der Kriegsopfer dagegen zum Ausdruck, daß mit den Notverordnungen die Versorgung und Fürsorge in einem unerträglichen Umfange angegriffen worden sind. Im Besonderen wendet sich die Reichskonferenz dagegen, daß mit der letzten Notverordnung auch noch die Sozialrenten ganz entzogen oder durch die Anrechnung der Reichsversorgungsrenten weitgehend gekürzt worden sind. Der Grundsatz der Leistung und Gegenleistung, das Fundament der Sozialversicherung, ist damit verlassen. Bei gleichen Beitragsleistungen haben die Kriegsopfer die gleichen Rechte auf die Sozialrenten. Die Reichs-

Rund um den Reichstag

Der Reichstag im Rundfunk.

Zwischen dem Ältestenrat des Reichstages und dem Reichstagspräsidenten ist jetzt ein Konflikt entstanden, der vielleicht noch weitere Kreise ziehen wird. Der Ältestenrat hat bisher alle Anträge auf Übertragung der Reichstagsverhandlungen auf den Rundfunk abgelehnt, und zwar aus Gründen der politischen Parität. Denn wenn man unparteiisch vorgehen und alle Parteien berücksichtigen will, dann muß man nicht nur eine Sitzung, sondern einen ganzen Tagungsabschnitt übertragen, weil ja an einem Tage nicht alle Parteien zu Worte kommen. Eine solche ausgedehnte Belegung des Rundfunks mit Reichstagsverhandlungen erscheint aber unmöglich. Der Reichstagspräsident hat nun entgegen den Beschlüssen des Ältestenrats die letzte Reichskanzlerrede für den Rundfunk freigegeben. Er kündigt jetzt an, daß er auf diesem Wege fortschreiten wird und daß er auch die Parteien berücksichtigen will. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen dazu erfahren, hat diese Ankündigung des Reichstagspräsidenten bei den Oppositionsparteien lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Sie werden ihren Einspruch gegen die vom Reichstagspräsidenten geplante Neuregelung auf dem Gebiete des Rundfunks in der nächsten Sitzung des Ältestenrats mit aller Entschiedenheit vorbringen.

Alle 1½ Minuten ein Zwischenruf im Reichstag.

Der letzte Tagungsabschnitt des Reichstages ließ an Lebendigkeit nichts zu wünschen übrig. Es konzentrierte sich eben in den 4 Tagen die ganze politische Leidenschaftlichkeit der Parteien. Ein parlamentarischer Statistiker hat nun die amtlichen Stenogramme auf die Zurufe hin durchgesehen und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen. 275mal wurden die Ausführungen der Redner als „Sehr wahr!" bezeichnet, 224mal als „Sehr richtig!" und 153mal als „Sehr gut!". Es versteht sich von selbst, daß diese lobenden Zurufe meist nur von der Partei des Redners kommen: man will seinem redenden Parteigenossen Mut einflößen und manchmal auch lediglich dafür Sorge tragen, daß der stenographische Bericht nicht so eintönig aussieht. Der sogenannte „bestellte Beifall" soll ja nichts Seltenes sein. Es muß schon jemand wirklich etwas sehr Gutes, sehr Wahres und sehr Richtiges gesagt haben, wenn die Zustimmung durch größere Teile des Hauses geht. 212mal erscholl der im Parlament sehr beliebte Zwischenruf „Hört! Hört!", der die abgekämpften Zuhörer auf die große Bedeutung der Worte des Redners aufmerksam machen soll. Fast 100mal verzeichnet der stenographische Bericht über die vier Sitzungen „Heiterkeit". Leider ist das nur selten eine Heiterkeit, die alle Teile des Hauses erfaßt; zumeist handelt es sich auch hier um eine Heiterkeit parteipolitischen Charakters. Um Ruhe mußte der Präsident mehr als 70mal bitten. Mit „Bravo!" wurden die Redner 65mal belohnt, mit dem garstigen „Pfui!" wurden sie 30mal bedacht, und das noch garstigere „Pfui Teufel!" ertönte in ehrlicher Entrüstung zweimal. Nicht berücksichtigt ist bei dieser Statistik die in den stenographischen Berichten außerdem noch sehr häufig vermerkte, nicht mit dem einzelnen Zwischenruf bezeichnete allgemeine „lebhafte Zustimmung". Wenn man bedenkt, daß der Reichstag in den vier Tagen seines letzten Sitzungsabschnitts insgesamt 1907 Minuten lang versammelt war und dabei weit über 1200 Zurufe gefallen sind, so kommt man zu dem interessanten Ergebnis, daß bei diesem Tagungsabschnitt des Reichstages mindestens alle 1½ Minuten ein vereinzelter oder im Chor ertönender Zwischenruf gefallen ist.

Arbeitsmarkt und Baupolitik.

Probleme der Arbeitsbeschaffung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, Geheimrat Doktor Syrup, sprach kürzlich über die Zusammenhänge zwischen Baupolitik und Arbeitsmarkt. Er schilderte zunächst die Entwicklung des Arbeitsmarktes seit 1927, als 1,25 Millionen Arbeitslose zu verzeichnen waren, bis zur heutigen Arbeitslosenzahl von 6,128 Millionen. Im Sommer sei mit einer Entlastung um etwa 800 000 zu rechnen. Ausführlich ging der Redner auf die Probleme der Arbeitsbeschaffung ein. Wirtschaftliche Tiefbaumaßnahmen, Meliorationen, Flußregulierungen, Talsperrenbau, Straßen- und Eisenbahnbau spielen die Hauptrolle. Dabei seien die besten Erfahrungen gemacht worden, wenn die Arbeiten nicht in eigener Regie, sondern nach ordnungsmäßiger Vergebung an die Bauindustrie durchgeführt werden. Arbeiten mit einem Gesamtkostenaufwand von zwei Milliarden sind in den letzten fünf Jahren durchgeführt worden. Der Freiwillige Arbeitsdienst habe sich erfreulich entwickelt. Innerhalb sechs Monaten wurden von der Reichsanstalt 1000 Arbeitsprojekte anerkannt, die 30 000 Menschen Beschäftigung geben. Auch bei diesen Arbeiten müsse der Grundsatz der Zusätzlichkeit erfüllt sein, damit dem freien Arbeitsmarkt nicht planmäßige Arbeiten entzogen werden. Ein drittes Gebiet der Arbeitsbeschaffung biete sich in der durch Strukturveränderungen der deutschen Wirtschaft verursachten Rückwanderung aufs Land. Allerdings sei Siedlung außerordentlich kostspielig.

Geheimrat Syrup schilderte dann die praktische Arbeitsbeschaffungspolitik. Der Redner warnte vor einem Hinausschieben der notwendigen Instandsetzungsarbeiten, das eine Vervielfachung der Unterhaltungskosten verursache. Im Straßenbau würde durch diese wirtschaftlich sinnvolle, normale Instandsetzungsarbeit ein Betrag von 1,5 Milliarden Mark dem Arbeitsmarkt zufließen. Die Unterlassung von Arbeiten des Hochwasserschutzes habe alljährlich viele Millionen Mark Hochwasserschäden zur Folge. Ein Drittel des gesamten Ackerbodens sei dränierungsbedürftig. Durch Dränage würde der Ernteertrag um 8 bis 16 Doppelzentner je Hektar erhöht werden können. Der vernachlässigte Zustand der einen Million Althäuser biete Beschäftigungsmöglichkeit für 400 000 Bauarbeiter auf ein Jahr. Das Baugewerbe biete also unerschöpfliche Gelegenheit für wirtschaftlich zweckmäßige und, auf die Dauer gesehen, auch rentierende Arbeit, welche der gesamten Wirtschaft entscheidende Impulse geben könnte.

Dr. Stoffel vom Reichsverband Industrieller Bauunternehmungen betonte in einem Korreferat, daß keinesfalls ein besonderes Arbeitsbeschaffungsprogramm erforderlich sei mit damit verbundener Aufblähung von Wirtschaft und Verwaltungsapparat. Lediglich eine einigermaßen normale Beschäftigung werde von dem kaum noch zu einem Zehntel beschäftigten Baugewerbe angestrebt. Nicht um Überinvestierungen, sondern um natürliche, rentable Arbeiten des Staates handle es sich. Schematisches Streichen produktiver Ausgaben der öffentlichen Hand habe die Krise verschärft. Die Auffassung, es sei billiger, einen Erwerbslosen bar zu unterstützen, statt ihn zu beschäftigen, müsse verschwinden. Begonnene Arbeiten (Mittellandkanal, Saaleregulierung) müßten zu Ende geführt werden. Das Prinzip der Zusätzlichkeit müsse bei der finanziellen Forderung durch produktive Erwerbslosenfürsorge fallengelassen werden.

Hochverratsaktion bei der Berliner Polizei

Berliner Polizeibeamte unter Hochverratsverdacht.

Drei aufsehenerregende Verhaftungen.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: „Wegen des dringenden Verdachts, sich des Verbrechens des Hochverrats schuldig gemacht zu haben, wurde der Polizeileutnant Kurt Lange, der Polizeiwachtmeister Schulz-Driesen und die Buchhalterin Gertrud Müller festgenommen. Die Angeschuldigten sind überführt, sich Pläne der Polizeiunterkünfte, der polizeilichen Waffen- und Munitionslager beschafft und an maßgebende Stellen in der NSDAP. weitergeleitet zu haben. Eine noch nicht ermittelte Persönlichkeit, die der Gauleitung Berlin der NSDAP. angehört, hat die Betreffenden zu ihrem Vorgehen veranlaßt. Die polizeilichen Ermittlungen werden fortgesetzt."

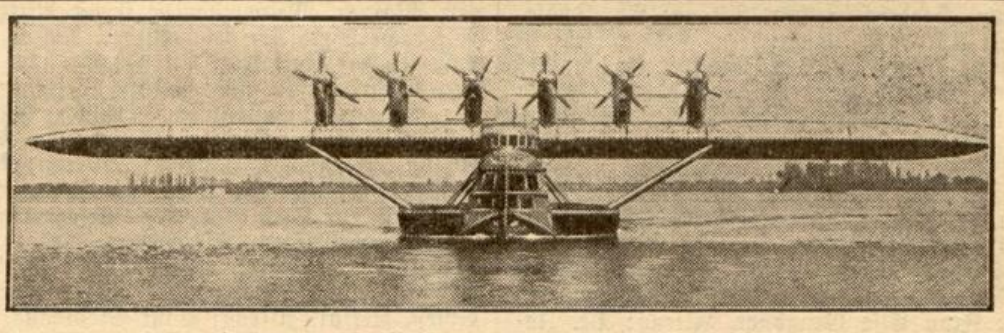
Über die Vorgeschichte der Verhaftung wird vom Polizeipräsidenten noch mitgeteilt: Die Beschuldigten haben sich an Beamte der Schutzpolizei herangemacht und versucht, sie zu veranlassen, ihnen die in Frage kommenden Pläne zu verschaffen. Hierbei hat sich besonders Schulz-Briesen hervorgetan. Dieser hat die Pläne an seine Braut, an das beim Schrader-Verband beschäftigte Fräulein Gertrud Müller, weitergegeben. Fräulein Müller hat die Pläne dem Polizeileutnant Lange zugesandt, der sie dann, wie der Polizeipräsident erklärt, an eine Persönlichkeit der Gauleitung Berlin der NSDAP. weitergeleitet hat. Bei Lange sind mehrere Pläne gefunden worden. Als Grund für ihr Vorgehen geben die Beschuldigten an, sie hätten gehört, daß das Reichsbanner die Kasernen der Schutzpolizei habe stürmen wollen, und hätten daher Gegenmaßnahmen treffen wollen.

*

Haussuchung im nationalsozialistischen Parteihaus.

Mit einem größeren Aufgebot von Kriminalbeamten und Schutzpolizei fand eine Haussuchung bei der Gauleitung sowie in den Räumen der übrigen dort befindlichen Parteiorganisationen im Parteihaus in der Hedemannstraße in Berlin statt. Zu der Haussuchung wurde auch der verhaftete Polizeileutnant Lange vorgeführt: er sollte jene Persönlichkeit angeben, von der er den Auftrag zu seinem Vorgehen erhalten hat. Lange konnte jedoch, obwohl ihm alle im Büro anwesenden Personen gegenübergestellt wurden, seinen Auftraggeber nicht bezeichnen.

Hierzu teilt das Gaupressеamt der NSDAP. mit: „Die Beschuldigten, Polizeileutnant Kurt Lange, Polizeioberwachtmeister Hans Schulz-Briesen und die Kanzleisekretärin Gertrud Müller sind bei der Berliner Gauleitung der NSDAP. vollkommen unbekannt. Niemand der maßgebenden Persönlichkeiten des Gaues hat je mit ihnen in Verbindung gestanden. Die im Laufe des heutigen Vormittags in der Hedemannstraße vorgenommene Haussuchung verlief gänzlich ergebnislos."



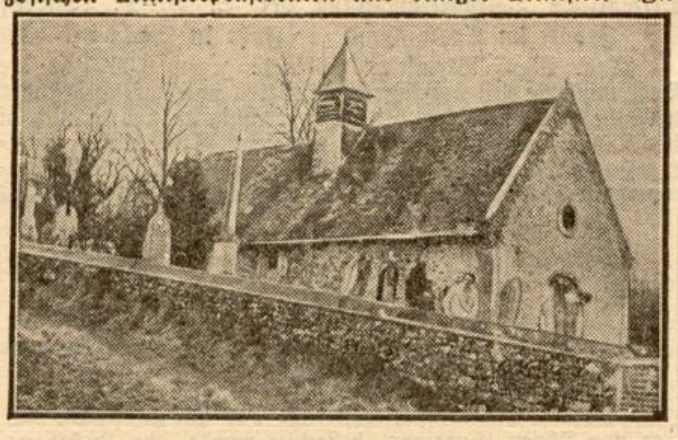
Der neueste „Do X" stellt sich vor.

Auf der Dornier-Werft in Altenrhein am Bodensee machte dieser Tage das neueste Flugboot der Dornier-Werke, „Do X III" seinen ersten Probeflug. Auch diese Maschine ist wie die anderen Flugboote der „Do-X-Klasse mit 12 Motoren ausgerüstet und erwies sich bei der Abnahme als ein Wunderwerk moderner Technik.

Briands letzte Fahrt ins Außenministerium.

Feierliche Überführung der Leiche Briands.

Die Überführung der sterblichen Überreste des ehemaligen Außenministers Briand in den Uhrensaal des Außenministeriums erfolgte im Beisein des französischen Ministerpräsidenten und einiger Minister. In



Hier wird Briand beigesetzt.

Der kleine Landfriedhof und die Kapelle in Cocherel, in der Briand beigesetzt wird. Briand hat in Cocherel ein kleines Landgut besessen, wo er viele seiner freien Stunden verbrachte.

der Französischen Kammer ist der Antrag gestellt worden, die sterblichen Überreste Briands im Panthéon beizusetzen. Diesem Antrag kann jedoch nicht stattgegeben werden, da der ehemalige Außenminister den formellen Wunsch geäußert hat, in Cocherel beerdigt zu werden.

Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes

Der Kampf um die Entscheidung, wer in den nächsten sieben Jahren an der höchsten Stelle des Reiches stehen soll, hat nun seinen Höhepunkt erreicht. Überall wurde eine überaus rührige Propaganda entfaltet.

Auch der Hindenburg-Ausschuß, der zu Beginn des Kampfes nur eine schwache Tätigkeit zeigte, hat in den letzten Tagen ganz überraschend mit einer riesigen Werbung, auch durch Flugzeuge, eingesetzt. Dabei hatte der Hindenburg-Ausschuß gegenüber seinen Gegnern natürlich den großen Vorteil, daß Minister des Reiches und auch zum Teil der Länder, an der Spitze Brüning, sich in seinen Dienst stellten. Im Hinblick auf diese starke Unterstützung durch amtliche Stellen mußten sich die Anhänger der anderen Kandidaten um so stärker anstrengen.

Am rührigsten waren die Nationalsozialisten, vor allem durch eine überaus starke Versammlungspropaganda. Hitler hat wohl in allen größeren Städten des Reiches gesprochen. Der Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot hat für Duesterberg im ganzen Reiche ebenfalls eine sehr starke Werbetätigkeit entwickelt und war insbesondere bestrebt,

auf dem Lande

Verständnis dafür zu wecken, welche Bedeutung die Präsidentenwahl, insbesondere die Ablehnung der Kandidatur Hindenburgs, für die Landwirtschaft hat, wobei immer wieder betont wurde, daß das Ziel der Sturz des Systems Brüning sei. Natürlich spielte in den Duesterberg-Versammlungen und denen der Nationalsozialisten auch die Frage eine große Rolle, warum die Parteien der Harzburger Front gerade jetzt getrennt marschieren. Dabei machten die Nationalsozialisten kein Hehl aus ihrer Auffassung, daß Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Gruppen für sie gleichbedeutend sei mit Unterwerfung der andern unter den Willen Hitlers. Darüber sprach in einer Versammlung in Leipzig der zweite Stahlhelmführer Franz Seldte. Die größte und selbstloseste Mühe des Stahlhelms, so erklärte er, die nationale Opposition auf einen Mann zu einigen, wäre daran gescheitert, daß Hitler alles allein für sich beansprucht habe. Das wäre vom Standpunkt eines freien Mannes aus die Zusage zu einer Diktatur Hitlers gewesen.

Duesterberg in Süddeutschland.

Der Kandidat des Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot, der Stahlhelmführer Duesterberg, hat sich dieser Tage auch der süddeutschen Wählerschaft vorgestellt. Er sprach in Frankfurt a. M., in Heidelberg und in Stuttgart. In Frankfurt behandelte er insbesondere Mittelstandsfragen, wobei er sich zum Schutze des Einzelhandels gegen die Warenhäuser wandte. In Heidelberg, der berühmten Universitätsstadt, wandte sich Duesterberg vor allem an die Studenten. Er erinnerte in seiner Kundgebung an die Freiwilligen von Langemark, die 1914 mit dem Deutschlandlied auf den Lippen vorgingen und den Opfertod starben. Eine solche opferbereite und vaterlandsliebende Jugend zu erziehen sei eine der Hauptaufgaben einer nationalen Regierung. In dieser Rede beschäftigte sich Duesterberg auch mit seiner Haltung gegenüber den Nationalsozialisten; er betonte, daß für ihn, bei aller Bereitschaft zur Einigkeit, eine Unterwerfung unter den Willen der Nationalsozialisten nicht in Frage käme. Über Duesterbergs Programm äußerte sich der Bundesführer des Stahlhelms, Seldte, in einer Kundgebung in Nürnberg. Duesterberg sei vor allem der Vertreter der Frontsoldatengeneration. Aus der Kameradschaft des Fronterlebnisses habe der Stahlhelm die Idee der Kameradschaft im Volke entwickelt. Diese Kameradschaft werde zur Volksgemeinschaft durch den festen Willen, den Staat neu aufzubauen und in ihm ohne Ansehen der Person und der Partei für jeden Deutschen Arbeit zu schaffen und die Arbeit zu stützen.

Goebbels fordert Brüning.

In einer nationalsozialistischen Kundgebung im Berliner Sportpalast forderte Goebbels den Reichskanzler zu einem Rededuell heraus. Er lud ihn zu der letzten nationalsozialistischen Versammlung vor der Wahl am Sonnabend in den Sportpalast ein und stellte ihm die Hälfte der Eintrittskarten zur Verfügung. Die Unkosten trage, so erklärte der Redner, die Nationalsozialistische Partei. Goebbels schlug weiter vor, diese Kundgebung, auf der Brüning genügend Redezeit und auch das Schlußwort erhalten solle, auf sämtliche Rundfunksender zu übertragen.

Die verwechselte Liste.

In einem Blatt in Münster in Westfalen war ein Aufruf des rheinisch-westfälischen Hindenburg-Ausschusses erschienen, unter dem die Namen mehrerer Generale standen. Daraufhin erhielt das Blatt eine Zuschrift, in der Generalleutnant Barre, General von Campe, und die Generalmajore Groos, Kloebe und Scherbennig erklärten, daß sie den Aufruf weder unterschrieben hätten, noch gefragt worden seien, ob sie unterschreiben wollten. Auf Befragen hätten sie ihre Unterschrift nicht gegeben. Als Antwort hierzu erklärte der Hindenburg-Ausschuß, ein ihm übersandtes Verzeichnis

konferenz fordert als berufene Vertretung der Kriegsopfer, daß die Eingriffe in die Rechte aus der Sozialversicherung und auch alle weiteren Einschränkungen der Reichsversorgung und Fürsorge wieder rückgängig gemacht werden. Bei gutem Willen zur sozialen Gerechtigkeit können nach Auffassung der Reichskonferenz die erforderlichen Mittel durch eine andere Lastenverteilung, die die tragfähigen Schultern mehr trifft, geschaffen werden. Auf die Osthilfe, auf die Bankenstützungsaktion und auf die Subventionen für die Privatwirtschaft wird dabei hingewiesen. Die Kriegsopfer nehmen für sich das erste Recht auf ausreichende Hilfe in Anspruch. Sie erwarten deshalb von der Reichsregierung und vom Reichstag schnelle und durchgreifende Abhilfe.

—* **Verbot von Bausparkassen.** Am 8. März 1932 hat ein Senat des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung entschieden, daß Antrag auf Eröffnung des Konkurses über das Vermögen der Rheinischen Bausparkasse GmbH., Essen, zu stellen ist. Bei der „Quelle" Allgemeine Zwecksparkasse GmbH., Stuttgart, deren Berufung gegen die Entscheidung auf Untersagung des Geschäftsbetriebes in der Berufungsverhandlung vom 29. Februar 1932 zurückgewiesen worden ist, hat der Senat zum 8. März 1932, um die Möglichkeit für eine Sanierung zu geben, ein Zahlungsverbot erlassen.

Halver

—: Die Tagesordnung für die **Sitzung der Amtsvertretung Halver** am Mittwoch, dem 16. März umfaßt folgende Punkte: 1. Einführung eines Amtsverordneten. 2. Wahl von Rechnungsprüfern. 3. Aufhebung des Mieteinigungsamtes. 4. Finanzübersicht.

—0 **Einbruch.** In der Nacht vom 8. zum 9. März 1932 wurden am Reichsbahnhof in Halver aus einem verschlossenen Waggon 4—5 Sack Zuckerschnitzel entwendet. Die polizeilichen Ermittlungen nach dem Täter sind eingeleitet.

—! Gestern fand an der hiesigen Rektoratschule unter dem Vorsitz des Herrn Oberstudiendirektors Prof. Dr. Schmidt die **Abschlußprüfung** statt. Sämtliche Prüflinge bestanden. Es sind: Paul vom Brocke, Helmut Hevendehl-Anschlag, Walter Lehmann-Anschlag, Helmut Tilenius, Wilhelm Turck-Löhbach, Gertrud Enneper, Elsbeth Köhler.

—)(Unser Mitbürger Wilhelm Crone sen., Tauberstraße, kann am Dienstag, dem 15. März, sein 87. Lebensjahr vollenden. Der alte Herr verbringt seinen Lebensabend in der Familie seines Sohnes Albert Crone. Das Geburtstagskind erfreut sich, trotz seines hohen Alters, noch einer seltenen Rüstigkeit; fast täglich wird der gewohnte Spaziergang unternommen. Wir entbieten unsere herzlichsten Glückwünsche.

—!! **Ski-Klub Halver.** Am Sonntag Nachmittag 4 Uhr soll unter Mitwirkung namhafter auswärtiger Springer ein Schauspringen am Kollenberg stattfinden. Der bekannte Skispringer Fischer, Meinerzhagen hat sein Erscheinen zugesagt. Ebenso steht der Skiklub Halver mit einigen Barmer und Kölner Herren zwecks Teilnahme am Schauspringen in Verbindung. Es wird in 2 Klassen gesprungen. Einmal für Anfänger, die noch an keinem Schauspringen teilgenommen haben und einmal offen für alle. Fischer-Meinerzhagen hat bereits am Mittwoch einige Probesprünge mit Weiten von über 25 Meter gestanden. Es sind interessante Kämpfe zu erwarten. Für Mitglieder sei bemerkt, daß die Mitgliedskarte dieses Jahres für sie persönlich zum freien Eintritt berechtigt. Wer seine Karte für 1932 noch nicht eingelöst hat, hole sie umgehend beim Kassierer O. Eicker ab. Der Eintrittspreis beträgt sonst für Erwachsene RM 0.50. Kinder und Erwerbslose gegen Ausweis RM 0,25.

—:! Auf Einladung der Ortsgruppe Schwenke des **Berg.-Märk. Milchproduzentenverbandes** fand am 5. März im Lokale Schulte, Ennepe eine gut besuchte Versammlung der ins Wuppertal Milch liefernden Landwirte statt. Der Vorsitzende Osenberg-Bever eröffnete die Versammlung und verlas den Sitzungsbericht der am 26. 2. in Elberfeld stattgefundenen Sitzung der Ortsgruppenvorsitzenden des Berg.-Märk. Milchproduzentenverbandes. Aus diesem Bericht ging die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses sämtlicher in die Städte Wuppertal, Remscheid, Solingen Milch liefernde Landwirte hervor. Zur weiteren Aufklärung erteilte der Vorsitzende Herrn Hedfeld-Engstfeld das Wort. Redner legte der Versammlung in Sonderheit die Bedeutung des § 38 des Reichsmilchgesetzes dar, nach welchem ein freiwilliger Zusammenschluß verlangt wird. Bei freiwilligem Zusammenschluß kann dem Zwangszusammenschluß entgangen werden. Die Satzungen des gedachten Zentralverbandes seien von den Landwirtschaftskammern genehmigt. Für die hiesigen Landwirte sei es zweckmäßig, sich alle restlos dem Berg. Märk. Milchproduzentenverband anzuschließen. Die Verbände haben den Zweck, eine einheitliche Regelung des Milchabsatzes durchzuführen und dadurch Gewähr für eine einheitliche und gesunde Preisgestaltung zu bieten. Um festzustellen, wieviel Milch direkt vom Erzeuger in die Wupperstädte fließen, habe der Verband Fragebogen herausgegeben, welche von jedem Milcherzeuger auszufüllen und an den Vorsitzenden abzugeben seien. In der Aussprache wurde man sich schlüssig, daß alle Landwirte sich dem Verbande anschließen möchten. Zu den Fragebogen wurden noch einige Bedenken laut, welche vom Vorsitzenden und Herrn Hedfeld widerlegt wurden, sodaß man feststellt, daß eine Ausfüllung des Fragebogens notwendig sei. Alle Milcherzeuger werden gebeten, die Fragebogen möglichst bald dem Vorsitzenden einzusenden. Für den Bezirk Schwenke sind dieselben am Genossenschaftslager oder beim Vorsitzenden erhältlich. Nachdem noch wichtige Fragen über das Reichsmilchgesetz behandelt wurden, nahm die Versammlung gegen 7 Uhr ihr Ende.

—= Die N. S. D. A. P., Ortsgruppe Halver veranstaltet am Samstag, den 12. März, 8 Uhr abends im Haus zur Fuhr, eine **öffentliche Freiheitskundgebung,** verbunden mit einem Militärkonzert der Standartenkapelle 132 (28 Mann ehem. Militärmusiker). Als Redner des Abends spricht Gaukulturwart Hein Diehl, Iserlohn über: „Hitler, der Retter Deutschlands."

Brügge

Brügge. Fabrikneubau. Die Firma W. Brocksieper, Schuhmaschinenfabrik, welche sehr gut beschäftigt ist, beabsichtigt, da die jetzigen Räume zu klein werden, einen Fabrikneubau errichten zu lassen. Sobald günstiges Wetter eintritt, soll mit dem Bau begonnen werden.

Kierspe

—r In der am Dienstag, den 15. März anberaumten **Amtsvertretersitzung,** die nachmittags im Amtshaus, itzungssaale stattfindet, soll über die Jahresrechnung sowie Verschiedenes verhandelt werden.

—r Am Mittwoch, den 9. März wurde in der **Sitzung des Gesamtschulverbandes Berken-Bollwerk,** die im Sitzungssaale des Amtshauses unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Hiltebrandt stattfand, der Haushaltsplan nach einigen Berichtigungen in Ein- und Ausgabe auf 11 219 RM festgesetzt. Die Vergütung für die Schulreinigerinnen der Schulgebäude in Berken und Bollwerk wurde einheitlich neu geregelt. Dem Antrage des Stelleninhabers der Schulstelle in Berken, eine Zentralheizung einbauen zu dürfen, wurde entsprochen. Kosten dürfen dem Schulverband dadurch nicht entstehen. Für den Fall einer späteren Versetzung des Lehrers hat sich der Vorstand dann zur Uebernahme eines Teiles der Kosten bereit erklärt. Zwei Fahnenstangen sollen beschafft werden. Mit Rücksicht auf die im Juni stattfindende Jahrhundertfeier der Schule in Berken sollen die notwendigsten Anstreicherarbeiten vorgenommen werden. Die Revision der Schulgebäude erfolgt in den nächsten Wochen. — Anschließend tagte der **Schulverband Schmidthausen** und wurde der Haushaltsplan in Einnahme und Ausgabe auf 5340 RM festgesetzt. Die SchulreinigerinnenEntschädigung wurde neu geregelt. Bei der Auflösung der Selekta in Kierspe soll ein vielleicht übrig werdender Schrank der Schule in Schmidthausen zur Verfügung gestellt werden. Kleinere Instandsetzungsarbeiten werden vorgenommen. Nach Erledigung verschiedener Schulsachen fanden die Sitzungen ihr Ende.

—s Der **Landwirtschaftliche Verein** hielt am Mittwoch im Vereinslokal Plate eine gut besuchte Versammlung ab. Nach einer kurzen Begrüßung widmete der 2. Vorsitzende Wilh. Winter, Höferhof dem verstorbenen 1. Vorsitzenden Hugo Vollmann einen warmen Nachruf, worauf sich die Versammelten zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des 1. Vorsitzenden wurden verschiedene Vorschläge unterbreitet. Aus einer vorgenommenen Zettelwahl ging Wilhelm Brüggenwirth, Felderhof mit Stimmenmehrheit, als gewählt hervor. Brüggenwirth dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und versprach alles daran zu setzen um in den Bahnen des verstorbenen Vorsitzenden die Geschicke der heimischen Scholle zu fördern. Als Ausschuß-Mitglied wurde an Stelle von Wilh. Brüggenwirth Theodor Lausberg, Löh, gewählt. Im weiteren Verlauf der Versammlung referierte Direktor Schewe von der Landwirtschaftsschule Lüdenscheid über Bullenhaltung und Bullenbeschaffung. Die Ausführungen des Redners wurden beifällig aufgenommen. Alsdann berichtete der anwesende Gemeindevorsteher Heukelbach über die stattgefundenen Verhandlungen mit den Jagdpächtern betreffs Jagdpacht-Ermäßigung. Es wurde festgestellt, daß für die einzelnen Bezirke eine Ermäßigung von 20—25% festgelegt war, womit die Anwesenden sich einverstanden erklärten. Einer rückwirkenden Ermäßigung für das Jahr 1931 konnte jedoch nicht zugestimmt werden und sollen erneut Verhandlungen aufgenommen werden. Des ferneren wurde gewünscht, daß die Jagdpacht auf die Steuer umgerechnet wird, insbesondere in den Sommermonaten. Auch in diesem Jahre soll in Kierspe die Zentral-Bullenkörung — wahrscheinlich im Mai — stattfinden. Wie im Vorjahre soll mit dieser Körung wieder eine Prämiierung verbunden werden. Zum Schluß erörterte man den Beitritt zur Krankenunterstützungs-Gemeinschaft, über deren Ausbau Joh. Wilh. Plate in eingehender Weise sprach.

*

Meinerzhagen. Reste einer Geheimschlächterei gefunden. In den ausgedehnten Fichtendickichten im Ebbegebirge wurde eine Geheimschlächterei aus der Zeit der Lebensmittelkarte entdeckt. Der Hund des Staatsförsters M. schleppte gelegentlich der Durchforstung eines größeren Bestandes Fichten einen Ochsenschädel aus dem Dickicht heraus. Die Waldarbeiter, die diesem Funde Bedeutung beilegten, drangen weiter vor und entdeckten eine zerfallene mit Teerpappe bekleidete Hütte. Weiter wurden noch verschiedene Kochgerätschaften und noch weitere vier Ochsenschädel gefunden, auch ein Strick, der aber schon zerfallen war. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß es sich bei den Ochsen um die vor etwa acht Jahren in Sellenrade und Ebbelinghagen gestohlenen Weidetiere handelt. Trotz den eifrigsten Bemühungen konnte damals keine Spur von den Tätern gefunden werden. Die Diebe hatten sich ein zu sicheres Versteck geschaffen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist das Fleisch mit dem Fahrrad fortgeschafft worden, da noch eine Fahrradluftpumpe bei der Hütte gefunden wurde.

Valbert. Ein Händler aus Lüdenscheid hatte hier Butter aufgekauft. Als er sein Fahrrad, an dem die Tasche mit der Butter befestigt war, in Herringhausen vor einem Hause stehen ließ, wurden 5 Pfund Butter daraus entwendet. Es gelang dem Händler, die Diebin in Haustadt zu stellen und sie dem benachrichtigten Landjäger zu übergeben.

pn **Hagen.** Eine diebische Samariterin. Die Ehefrau Karl P. lag in einem hiesigen Krankenhaus. Sie befreundete sich mit der Zeit mit einer anderen Kranken, die im Nebensaal lag. Als diese operiert wurde, zeigte Frau P. die größte Teilnahme; sie ging auch nach der Operation sofort zu ihr um Beistand zu leisten. Bei dieser Gelegenheit nahm sie die auf dem Nachtschränkchen liegende goldene Armbanduhr an sich. Bei einer späteren Untersuchung mußte sie die Uhr wieder herausgeben. Für ihre verwerfliche Handlungsweise erhielt sie gestern 1 Woche Gefängnis. Es wurde eine Bewährungsfrist von 2 Jahren bewilligt, wenn sie die Kosten des Verfahrens zahlt.

Wernigerode. Drahtseilattentäter verhaftet. Zwei hiesige Burschen, die von der Kriminalpolizei ermittelt und verhaftet wurden, hatten in der Nähe von Veckenstedt ein Drahtseil über die Straße gespannt in der Absicht, Unglücksfälle herbeizuführen und dann die Opfer auszurauben. Radfahrer hatten die Falle bemerkt und die Verfolgung der flüchtenden Wegelagerer aufgenommen. Es gelang ihnen zwar nicht, die Burschen zu fassen, aber auf Grund der Personalbeschreibung konnte die Kriminalpolizei die Verhaftung vornehmen.

Nah und Fern

○ **Prof. Dr. Deycke und Dr. Altstädt kehren nicht in ihre Lübecker Ämter zurück.** Der in der Lübecker Calmette-Affäre zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilte Prof. Dr. Deycke hat seinen Haushalt in Lübeck aufgelöst und seinen Wohnsitz nach Stuttgart verlegt. Auch der verurteilte Obermedizinalrat Dr. Altstädt wird nicht mehr auf seinen Posten als Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes zurückkehren. Prof. Dr. Klotz, der im Calmette-Prozeß freigesprochen wurde, hat die Leitung des Lübecker Kinderhospitals wieder übernommen.

○ **Friedhofsfrevel in Gladbach-Rheydt.** Auf dem alten katholischen Friedhof in Gladbach-Rheydt fand man einige hölzerne Grabkreuze in den Bäumen hängen. Andere Grabkreuze und Steine waren aus dem Boden herausgerissen und umgeworfen. Auch die steinernen und eisernen Drahteinfassungen waren mutwillig zerstört und wüst durcheinandergeworfen. Im ganzen sind etwa 40 Gräber geschändet worden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

○ **Der Unfall des Hamburger Frachtdampfers „Harburg".** Bei der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg ist kein weiterer Funkspruch von Bord des in Seenot geratenen Frachtdampfers „Harburg" eingetroffen. Man betrachtet das als Zeichen dafür, daß dem Schiffe keine ernstliche Gefahr drohe, und daß die Schiffsleitung in aller Ruhe auf das Eintreffen des amerikanischen Bergungsdampfers warte. Die „Harburg" ist 4480 Bruttoregistertonnen groß und befindet sich mit einer Stückgutladung auf der Fahrt nach Boston—Baltimore.

○ **Drei Tote bei einem Autounglück.** In Bochum stürzte beim Nehmen einer Kurve ein mit Heizkörpern beladenes Lastauto um. Auf dem Wagen befanden sich drei Arbeiter, die unter die Ladung gerieten und furchtbar zugerichtet wurden. Einer der Arbeiter konnte nur als Leiche geborgen werden. Die beiden anderen starben kurze Zeit später an den schweren Verletzungen. Der Führer des Wagens kam unverletzt davon.

⊙ **Erdbeben auf Kephalonia.** Auf der Insel Kephalonia ereignete sich ein starkes Erdbeben. Zahlreiche Häuser stürzten ein. Nach den bisherigen Feststellungen wurden acht Personen schwer verletzt. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

○ **Die Reichsbahn belohnt Erfinder. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat auch 1931 für nützliche Erfindungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens eine große Zahl von Geldpreisen an Reichsbahnbeamte und Reichsbahnangestellte verteilt. Die Gesamtsumme der Geldpreise, die zur Auszahlung gelangten, beträgt etwa 125 000 Mark. Hieran sind 462 Erfinder beteiligt.**

○ **Einbrecherrekord mit 450 Einbrüchen.** In Münster (Westfalen) nahm man einen Einbrecher, den 26jährigen Wilhelm Mattner, fest, auf dessen Konto etwa 450 Einbruchsdiebstähle, die vor allem in Westfalen verübt worden sind, fallen. Mattner stattete vorzugsweise den Apotheken nächtliche Besuche ab, um Rauschgifte für seinen persönlichen Gebrauch zu stehlen. Bei einem Einbruch in das Schloß des Herzogs von Croy in Böhmen fielen ihm ferner Schmucksachen im Werte von über 20 000 Mark in die Hände.

⊙ **Vater und Sohn machen „den Doktor".** Der Sohn des österreichischen Gesandten in Budapest, Calice, legte in diesen Tagen an der Wiener Universität die Doktoratsprüfung ab. Um seinem Sohne eine Überraschung zu bereiten, meldete sich der Gesandte selbst am gleichen Tage an der Budapester Universität zur Doktoratsprüfung, die er gleichfalls bestand.

Spiel und Sport.

Der **Lenne-Volme-Turngau** veranstaltet am kommenden Sonntage in der städtischen Turnhalle, Kerksigstraße, für die im 1. Bezirk zusammengeschlossenen Vereine eine Lehrstunde für das Jugendturnen. Um 8 Uhr früh turnen die Vereinsjugendwarte und die Jugendturner unter Leitung des Gau-Jugendwarts Willschütz-Altena Laufübungen, Körperschule und Geräteübungen, u. a. die Schule des gemischten Sprunges nach Meusel, um 9,30 Uhr erscheinen die Turnerinnen zum Einüben der Volkstänze, die im Jahresarbeitsplan des Gaues und des Turnkreises vorgesehen sind, und um 10,45 Uhr kommt das Singen zu seinem Rechte. Diese Lehrstunde ist im Hinblick auf das bevorstehende Kreis-Jugendtreffen in Grevenbrück besonders wichtig.

Verheerendes Unwetter im Elsaß.

Telegramme befördert die Eisenbahn.

Der Schnee- und Regensturm, der seit über 24 Stunden die Gegend von Straßburg heimsucht, hat einen großen Teil der Fernsprech- und Telegraphenverbindungen zerstört. Der Telegraphendienst war vollkommen unterbrochen, so daß die Telegramme mit der Eisenbahn nach Paris befördert werden mußten. Allein in Straßburg sind mehr als 1000 Fernsprechverbindungen gestört. Seit 14 Jahren ist im Elsaß ein Unwetter mit solchen Auswirkungen nicht mehr beobachtet worden.

Eine Einbrecherbande überrascht.

Trotz Verfolgung entkommen.

Einbrecher suchten in Braunschweig zu nächtlicher Stunde das Auslieferungslager der „Zigaretten-Frischdienst-G. m. b. H." heim, in deren Räume sie nach Zertrümmern der Fensterscheibe eindrangen. Ein Mitglied der Wach- und Schließ-Gesellschaft nahm wahr, daß im Lager mehrere Personen arbeiteten und offenbar versuchten, Ware fortzuschaffen. Er hielt daher zwei Polizeibeamte an, die mit dem Wächter gemeinsam die Lagerräume betraten; die Einbrecher hatten jedoch aufgepaßt, und es gelang ihnen, zu entkommen. Wie sodann festgestellt wurde, hatten sie für ungefähr 5000 RM. Zigaretten verschiedener Marken eingepackt und sie in Kartons die Treppe heruntergebracht, wo sie die Beute im Stich lassen mußten. Man fand auch einen Handwagen, mit dem sie die Ware hatten fortschaffen wollen.

50 Pfennig für ein Kalb.

Ein Beispiel für viele.

Ein Landwirt aus dem Kreise Nustadt a. Rbg. lieferte vor kurzem zum Schlachthof Hannover ein Kalb im Gewicht von 70 Pfund. Die Abrechnung für diesen Verkauf sieht folgendermaßen aus: Erlös für das Kalb 5 RM. Davon ab für Stand und Waagegeld 0,80 RM., Delkredere-Versicherung 0,10 RM., Versicherung 0,35 RM., Treiberlohn und Stroh 0,20 RM., Provision 0,55 RM., bleibt ein Netto-Schlachthof-Erlös von 3 RM. Davon ist an Fuhrgeld zum Schlachthof 2,50 RM. abzuziehen, so daß sich der Reinerlös des Landwirts auf 0,50 RM. beläuft. Kann es noch lange dauern, so fragt der Hannoversche Landbund, daß die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk unter solchen Umständen zu ernähren vermag?

Auf den Spuren des gestohlenen Königsmantels.

Pfleghar wird in Göttingen vernommen.

Auf Ansuchen der Göttinger Staatsanwaltschaft ist der Student Pfleghar, der in Dresden verhaftet wurde, da er im Verdacht steht, den Diebstahl des hawaischen Königsmantels aus dem Ethnologischen Institut ausgeführt zu haben, nach Göttingen übergeführt worden. Man neigt in Göttingen der Ansicht zu, daß Pfleghar selbst nicht als Täter in Frage kommt, daß er vielmehr als Mittelsmann andere von dem Wertobjekt und seinem Aufbewahrungsort unterrichtet hat. Es gilt auch nicht als ausgeschlossen, daß der gestohlene Gegenstand bereits ins Ausland gebracht ist.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 10. März.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. wendet sich in einer längeren Erklärung gegen die Mitteilung des Berliner Polizeipräsidiums, welche die NSDAP. mit Hochverratsplänen oder illegalen Absichten in Zusammenhang bringe. Die NSDAP. stehe, so erklärt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP., entsprechend den wiederholten eindeutigen Erklärungen der Parteileitung auf dem Boden der Legalität.

*

Voruntersuchung gegen Hackebeil eröffnet.

Berlin. Der Untersuchungsrichter beim Landgericht I Berlin hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen den früheren Generaldirektor Guido Hackebeil und den Abteilungsdirektor der Danatbank, Schneider, die Voruntersuchung eröffnet. Beide sind angeschuldigt, sich mehrerer Verstöße gegen Strafbestimmungen des HGB schuldig gemacht zu haben. Hackebeil wird außerdem auch noch Betrug zur Last gelegt. Gegen Generalkonsul Dr. jur. A. Strube und drei Direktoren der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, gegen die ebenfalls Strafantrag gestellt war und gegen die das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft bisher lief, ist dieses eingestellt worden.

Landtagsabgeordneter Henkel gestorben.

Berlin. Landtagsabgeordneter Fritz Henkel, Mitglied der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags, ist in Gläsendorf, Kreis Grottkau, gestorben. Henkel stand im 47. Lebensjahre.

102 Schulen in Breslau wegen Grippe geschlossen.

Breslau. Die Zahl der wegen Grippe geschlossenen Breslauer Schulen hat sich auf 102 erhöht. Nach ärztlicher Ansicht ist der Höhepunkt der Epidemie erreicht.

Haussuchungen bei Nationalsozialisten in Kaiserslautern.

Kaiserslautern. Im Zusammenhang mit den neuen Bombenfunden in der Pfalz nahm die hiesige Kriminalpolizei, unterstützt durch Schutzpolizeibeamte, in den Wohnungen einer Reihe hiesiger Nationalsozialisten Haussuchungen vor. Die Durchsuchungen verliefen ergebnislos.

Rettung aus Eisnot.

Helsingfors. Die Mehrzahl der auf einer großen Eisscholle abgetriebenen finnischen Fischer konnte gerettet werden, ebenso die Pferde. Es besteht Aussicht, auch die übrigen zu retten, da der Sturm sich etwas gelegt hat. In der vergangenen Nacht herrschten jedoch 20 Grad Kälte.

Kreienzen. Tödlich verbrüht. In einem unbewachten Augenblick stürzte der sechsjährige Sohn des Drehers Lohmann in Graste in einen Bottich mit heißem Wasser. Das Kind wurde dem Krankenhause zugeführt, wo es bald darauf starb.

Diskontherabsetzung in London.

London. Die Bank von England hat ihren Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt. Der Satz von 5 Prozent war seit dem 18. Februar 1932 in Kraft.

Die Anerkennung der Mandschurei durch Japan verschoben.

Tschangtschun (Mandschurei). Der hiesige japanische Generalkonsul hat die Regierung Puyi benachrichtigt, daß die Anerkennung des mandschurischen Staates auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 10. März.

* **Börsenbericht.** Zuversichtlichere Stimmung des Vormittags. Für Geld bestand infolge des Steuertermins noch Nachfrage zu 6½ bis 6¾ Prozent. Im Verlauf konnte sich die Stimmung etwas bessern. Der kursmäßige Einfluß war jedoch nicht bedeutend. Der Privatdiskont blieb unverändert 6 Geld, 5⅞ Brief. Die Börse schloß unsicher.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,52 bis 15,56; holl. Gulden 169,43—169,77; Danz. 82,02—82,18; franz. Franc 16,54—16,58; schweiz. 81,42—81,58; belg. 58,49—58,61; Italien 21,81—21,85; schwed. Krone 85,61—85,79; dän. 85,56 bis 85,74; norweg. 84,42—84,58; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 49,95—50,05; Argentinien 1,073—1,077; Spanien 32,37 bis 32,43.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Lüdenscheid Band 82 Blatt Nr. 2929 (Eigentümer: der Schleifer **Wilhelm Lips in Halver**) eingetragenen Grundstücke Gemarkung Lüdenscheid-Land, Kartenblatt 53, Parzellen Nr. 229/178, 265/175, 177, 316 157, 179, 234/176, 317/158, 366/175 bebauter Hofraum und Hausgarten Hulsberg 37, 39, Hofraum Hulsberg 39. Weide, Holzung = 97 a 31 qm groß, Reinertrag 1,44 Tlr., Nutzungswert = 96 Mk., **am 3. Mai 1932**, vormittags 11 Uhr, an der Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 57, versteigert werden.

Lüdenscheid, den 19. Februar 1932.

Das Amtsgericht.

Holzverkauf.

Infolge des eingetretenen Schneefalles muß der für **Samstag, den 12. ds. Mts.**

im Markshagen angesetzte Holzverkauf

ausfallen, falls bis dahin keine regelrechte Schneeschmelze eintreten sollte.

Anderenfalls erfolgt der Verkauf an dem nächsten schneefreien Samstag um 2 Uhr nachmittags.

Kierspe, den 10. März 1932.

Dornseif, Kirchmeister.

Skiklub Halver:

Schauspringen

in 2 Klassen

am Sonntag, den 13. März,

am Kollenberg 4 Uhr nachm.

Auskünfte: **Dr. Eicker, Telef. 145,**
P. Boucke, Telef. 241 u.
Wilh. Kerspe, Telef. 160.

Gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte freier Zutritt.

Sitzung

der Amts-Vertretung Halver am Mittwoch, dem 16. März, nachmittags 5 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses.

Halver, den 10. März 1932.

Der Bürgermeister.

Die Mütterberatungsstunde

findet statt **am Mittwoch, den 16. März 1932**

um 2 Uhr in Bollwerk (Schule),

um 3 Uhr in Kierspe (Amtshaus)

um 4 Uhr in Kierspe-Bhf. (Schule).

Kierspe, den 10. März 1932.

Der Gemeindevorsteher.

Freiw. Feuerwehr Bommert.

Samstag d. 19. März. abends 7 Uhr

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht,
2. Rechnungsablage,
3. Wahlen,
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht:

Der Vorstand.

Anzug: Tuchrock u. Mütze.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, den 13. März 32, vorm. 10 Uhr Korfirmationsfeier für den Westbezirk Pastor Dr. Große-Dresselhaus, Mitwirkung der Kirchlichen Chöre, 11,30 Uhr Taufen, Kindergottesdienst, Bücherausgabe der Kirchl. Volksbibliothek, nachm. 2 Uhr Prüfung der Konfirmanden des Ostbezirks, Pastor Stommel. Dienstag abends 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abends 8 Uhr Vorbereitung für d. Kindergottesdienst. Freitag abends 7,30 Uhr Passionsgottesdienst, 8,30 Uhr Kirchlicher Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Samstag 4 Uhr, Jungschar, 8,30 Uhr Gebetsstunde. Sonntag, 4,30 Uhr Bibelstunde, 5,30 Uhr Jungfrauenverein, Abgabe der Opfertüten, 8 Uhr Jünglingsverein. Montag 8 Uhr Jünglingsverein, Turnen, 8,30 Uhr Jungfrauenchor. Mittwoch 4 Uhr Missionshandarbeitsstunde, 8,30 Uhr Jungfrauenverein, Geteilte Gruppen, 8,30 Uhr Jünglingsverein, Bibelbesprechung. Freitag abd. 8,30 Uhr Männerchor.

Freie evangelische Gemeinde Halver. Freitag und Samstag abends 8,30 Uhr Biblische Vorträge (Evangelist Schmalenbach). Sonntag 9,45 Uhr Erbauungsstunde, 11 Uhr Sonnags-, schule, nachm. 4 Uhr Bibelstunde (Herr Kloß, Langendreer) Von Sonntag, den 13. bis Sonntag den 20. März jeden Abend 8,30 Uhr Evangelisations-Vorträge im Saale des Herrn E. vom Berg, Oeckinghausen (Evangelist Schmalenbach, Lüdenscheid).

Blaukreuzverein Halver. Sonntag den 13. März, nachm, 3 Uhr Bibelstunde. Donnerstag, den 17. März. abends 8,30 Uhr Bibelbesprechung.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, den 13. März 32, 8 Uhr Frühmesse mit Predigt (Osterkommunion des Jungfrauenvereins), 10,15 Uhr Hochamt mit Fastenpredigt, 3 Uhr Kreuzweg-Andacht, anschließend Versammlung des Jungfrauenvereins.

Ev. Gemeinde Brügge. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst, (Prüfung d. Konfirmanden), Kindergottesdienst fällt aus, 11—12 Uhr Bibliothekstunde. Dienstag 9 Uhr Kirchenchor. Mittwoch3 Uhr Frauenhilfe Othlinghausen bei Frau Feld, 8 Uhr Passionsgottesdienst, 9 Uhr Posaunenchor.

Ev. Gemeinde Schalksmühle. Sonntag 10 Uhr Gottesdienst, Prüfung der Konfirmanden, 3 Uhr Jungschar, 5,30 Uhr Blaukreuzstunde, 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Montag 8 Uhr Posaunenchor. Dienstag 8,30 Uhr Jungmädchenverein Mittwoch 8,30 Uhr Passionspottesdienst Hlg. Abendmahl. Donnerstag 8,30 Uhr Jugendbund für E. C. Freitag 8 Uhr Männerchor. Samstag 8,30 Uhr Gemischter Chor.

Ev. Gemeinde Kierspe. Sonntag 10 Uhr Prüfung der Konfirmanden, kein Kindergottesdienst, nach dem Gottesdienst Bücherausgabe. Dienstag 8.30 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus. Mittwoch 8.30 Uhr Passionsgottesdienst. Freitag 8,30 Uhr Kirchenchor. Samstag 3 Uhr Jungschar.

Bollwerk-Oberbrügge. Sonntag kein Gottesdienst, kein Kindergottesdienst. Dienstag 8,30 Uhr Posaunenchor Bollme. Mittwoch 8,30 Uhr Kirchenchor Bollwerk, 8,30 Uhr Bibelstunde in Bollme. Donnerstag 8,30 Uhr Bibelstunde in Bollwerk.

Kierspe-Bahnhof. Sonntag kein Kindergottesdienst, kein Gottesdienst, 4 Uhr Bibelstunde. Montag 8,30 Uhr Bibelstunde in Höckinghausen Dienstag 8,15 Uhr Singaben,d anschließend Kirchenchor. Mittwoch 8,30 Uhr Jungmädchenbund. Donnerstag 8,30 Uhr Passionsgottesdienst. Freitag 3,15 Uhr Frauenhilfe, 8,30 Uhr Männer- und Jünglingsverein.

Fr. evgl. Gemeinde Kierspe-Bahnhof: Sonntag 9,30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kinder Sonntagsschule, 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein, 20.30 Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 2,30 Uhr Gebetstunde. Donnerstag 20,30 Uhr Gemischter Chor. Freitag 8.30 Uhr Jünglingsverein.

Wenn Sie sich rechtzeitig ein Bild über die neue Frühjahrsmode machen wollen, gehen Sie in diese beiden Abteilungen und lassen sich unverbindlich ohne jeden Kaufzwang die neuesten Frühjahrsmoden vorführen. Das Personal in diesen Abteilungen ist ausdrücklichst angewiesen, ohne aufdringlich zu erscheinen, Ihnes alles Neue, das bis jetzt erschienen ist, bereitwilligst zu zeigen.

Damen-Mantel aus Stoffen engl. Art, ganz gefüt. **26⁷⁵**

Damen-Mantel aus mod. Noppé-Stoffen **38⁷⁵**

Damen-Kleid aparte Boleroform bestickte Weste **19⁷⁵**

GEBRÜDER **Alsberg**

LÜDENSCHEID

Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Gewinnauszug

5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

27. Ziehungstag — 10. März 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 85003
4 Gewinne zu 10000 M. 305922 369016
6 Gewinne zu 5000 M. 44102 179746 343516
32 Gewinne zu 3000 M. 51233 53408 90276 107868 171011 221747 307148 307860 312167 313866 325729 355610 362024 369914 371796 381840
76 Gewinne zu 2000 M. 18459 31487 45365 73549 81935 89467 92636 94935 99890 113558 121575 128304 129058 152349 154090 164749 166264 176241 191524 197439 203577 206579 208418 217800 222948 227529 234185 248156 267579 272844 299981 303962 338434 339058 349256 351407 366301 387887
136 Gewinne zu 1000 M. 30363 32138 54469 59602 77701 80291 91885 97572 98288 99305 104277 106429 109127 110102 124682 126277 128055 128686 133540 134556 137003 140925 149889 154066 156153 160200 161715 163288 163980 167905 174866 181623 185257 190086 192752 195035 196227 196668 197408 200224 202827 207812 212709 215049 225670 226108 248116 253096 253727 254632 260397 271140 289557 290925 296715 301004 331252 333390 334504 335855 351798 358570 363102 369496 375571 380136 382049 383034
176 Gewinne zu 500 M. 4673 7528 9836 13536 14951 17480 24660 36414 38961 40127 42896 43979 44335 46105 53263 58269 59196 65964 71060 72459 76331 81117 83053 86389 90792 90939 99805 100076 101502 111526 112151 115021 119827 125405 125465 126964 128952 134570 141860 143760 148748 150087 154534 156124 156780 161550 187799 196885 211650 211857 213255 213564 218046 219783 230541 236728 237118 244507 254430 254596 264720 270078 277938 282762 284481 286734 299538 306182 312181 317556 322581 324514 329916 338430 342537 343272 346681 347480 349758 352402 355682 360279 368825 374206 382551 385452 388355 388956

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 320272
2 Gewinne zu 10000 M. 252840
8 Gewinne zu 5000 M. 46928 80942 261498 340553
14 Gewinne zu 3000 M. 231540 235849 241450 288386 308512 369986 372872
56 Gewinne zu 2000 M. 2287 26807 36469 74622 75645 81601 92115 101118 109083 146260 159738 162345 168492 189537 212931 236643 244311 266161 276075 293269 297024 327468 341414 341685 347785 350524 370373 370669
106 Gewinne zu 1000 M. 5180 5220 16417 17202 40178 41220 43788 59283 61771 68198 77506 79940 85333 87323 103960 104604 104829 106068 115870 118834 120558 126949 127917 131047 132565 141926 150634 155293 158426 161376 161608 164810 174545 184191 190482 192619 194274 224371 225040 239582 241392 253135 253525 271594 271950 314582 315284 322310 357328 363050 387934 396109 399764
186 Gewinne zu 500 M. 6604 9353 14334 18113 21001 29017 29237 35405 36599 39625 41643 41965 48291 53392 53556 64027 64078 68848 73796 74188 77399 78319 80032 82598 84356 87168 89087 101445 111670 114811 116992 119455 120356 126087 137332 139556 147404 149345 149390 158310 159238 160788 164459 165003 173709 175155 183380 185361 185733 185868 187553 200587 206259 208220 210675 215734 219636 223455 224599 227043 227768 230371 232596 233702 236057 242127 247301 255187 257615 264964 289920 304921 311311 314788 318669 325222 326311 328168 331285 334739 338890 344260 345046 350228 352062 353929 354214 366468 376122 380527 381467 386527 389183

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne zu je 50000, 4 zu je 25000, 8 zu je 10000, 32 zu je 5000, 60 zu je 3000, 180 zu je 2000, 340 zu je 1000, 582 zu je 500, 1794 zu je 400 Mark.

Große Auswahl

in

Geschenkartikeln

aller Art, sowie in Nickelwaren, Bestecken, Tortenplatten und -Schaufeln etc.

Porzellan-, Glas- und Steingutwaren . . . empfiehlt:

Wilh. Bell jr.,
Halver.